

Wo bleibt die deutsche Initiative?

Die Infektionszahlen in Europa steigen wieder, aber Berlin bleibt beim Prinzip Durchwurschteln | Von Frank Hofmann

Die Absage meiner ehemaligen Studienfreundin aus Frankreich kommt diese Woche kurzfristig per SMS und ohne Vorankündigung: „Ich kann nicht kommen, was sind das nur für Zeiten?“ Das Berliner Robert-Koch-Institut (RKI) hat an dem Tag ihre Stadt im Nordwesten Frankreichs zum Corona-Risikogebiet erklärt. Das örtliche Krankenhaus kann das Ergebnis des Corona-Tests nicht sofort liefern, das ihr die Reise nach Berlin ohne Quarantäne-Auflagen doch noch erlaubt hätte. Die Dienstreise: abgesagt. Und damit ihre Teilnahme an einer wichtigen jährlichen Sitzung, an der die Wissenschaftlerin als einzige Vertreterin aus Frankreich hätte teilnehmen sollen. Gut, könnte man sagen, Videokonferenzen kennen wir ja jetzt alle. Doch die können nicht jedes Treffen ersetzen. Hin und wieder ist es doch wichtig, sich in die Augen zu schauen. So auch hier.

Man könnte dieses kleine Beispiel aus der Lebenswirklichkeit in Europa dieser Woche abtun damit, dass die Pandemie all diese Einschränkungen eben erfordert. Doch wir leben nicht mehr im Februar oder März, sondern im Herbst 2020. Viel Zeit ist vergangen, in der die deutsche Regierung eine gemeinsame Linie zum Leben im Alltag aller Europäer in der Pandemie mit ihren Partnern hätte erarbeiten können. Das ist nicht passiert. Denn wieder einmal schreckt diese Bundesregierung davor zurück, ihrer Führungsrolle in dieser Europäischen Union gerecht zu werden. Der deutsch-fran-

zösische Motor steht still, wenn es um die Lebenswirklichkeit der Menschen geht.

Dabei ist in diesen bald acht Monaten auch viel Gutes passiert: Deutschland ist besser durch die Pandemie gekommen als die meisten anderen Partner in der EU. Viele Menschen in der Welt schauen auf Berlin und fragen sich: Wie haben die das nur gemacht?

Doch statt diese Softpower in einen Führungsanspruch umzumünzen und diesen dann auch zum Wohle aller einzusetzen, geschieht das Gegenteil. Die europäischen Corona-Meldungen des RKI haben einen gewissen, nun ja, imperialen Beigeschmack. Als die Infektionszahlen vor wenigen Wochen im Südosten Frankreichs wieder stiegen, zunächst in den Großstädten Marseille und Nizza, war das RKI schnell dabei, die gesamte Region Provence-Alpes-Côte d'Azur zum Risikogebiet zu erklären – und damit gleich noch mehrere französische Départements in dieser Region, die nicht oder nur wenig betroffen waren. Darunter auch das Département Var.

Dort besucht Ende August Bundeskanzlerin Angela Merkel den französischen Präsidenten Emmanuel Macron in dessen Sommerresidenz Fort de Brégançon. Die Kanzlerin weiß, dass es neben all den Videokonferenzen gut ist, sich hin und wieder auch in die Augen schauen zu können. „Europa ist nur dann stark, wenn es mit einer Stimme spricht“, sagt Merkel nach dem Treffen, es gehe darum, dass „wir unsere Agenda sehr eng abstimmen können“.

In der Tat, das wäre der Lebenswirklichkeit der Menschen in Europa zuträglich.

Die Europäische Union verfügt nach dem aktuellen Vertrag von Lissabon über keine exekutive Kompetenz im Bereich der öffentlichen Gesundheit. Immerhin: Es gibt eine EU-Kommissarin für Gesundheit. Ihr Name ist Stella Kyriakides. Diese Woche ist sie ans Pult im großen Pressesaal der Brüsseler EU-Kommission getreten und hat sich „tief besorgt“ gezeigt. Vielfach seien die Infektionsraten in einigen Mitgliedsstaaten schlimmer als zum Höhepunkt im Frühjahr. Die bisherigen Maßnahmen in der Gemeinschaft waren bislang nicht immer ausreichend, „um die Gefahr zu verringern oder zu kontrollieren“. Sie fordert einheitliche Standards für Tests, Rückverfolgung von Kontakten von Infizierten, bessere Überwachung der öffentlichen Gesundheit, besseren Zugang zu Schutzkleidung und Medikamenten sowie die Stärkung der Kapazitäten in Krankenhäusern. Es sind die

gleichen Themen, die hierzulande mittlerweile wieder jeden Abend in der Tagesschau verhandelt werden.

Dabei hat das deutsche Gesundheitssystem in den vergangenen Monaten eine erstaunliche Lernkurve gemacht und viel Erkenntnis gewonnen, die geteilt werden kann. Allein das würde einen deutschen Führungsanspruch gut begründen. Mehr noch: Wer helfen kann, muss es auch tun in einer Gemeinschaft, weil die Solidarität, auf die man sich einmal geeinigt hat, sonst nur noch hohle Phrase ist.

Und der nächste Test für ein gemeinsames Vorgehen unter deutscher oder besser deutsch-französischer Führung in Europa ist schon jetzt absehbar: Wie soll im nächsten Jahr geimpft werden, sollte es tatsächlich einen wirksamen Stoff geben? Der

Gesundheitsökonom Jonas Schreyögg aus Hamburg hat sich die Mühe gemacht, die Impfbereitschaft in Europa zu untersuchen. Demnach ist diese extrem unterschiedlich: Bei 48 Prozent in Frankreich und 74 Prozent in Dänemark liegt Deutschland mit 57 Prozent im Mittelfeld. Dort könnten Softpower und Führungsbereitschaft Wunder wirken, denn das Vertrauen in das deutsche Gesundheitssystem und seine tragenden Strukturen ist, dank der bisher guten Coronazahlen, hoch. Dabei haben Deutschland, wenn man dem mittlerweile europaweit geschätzten Berliner Virologen Christian Drosten folgt, vor allem auch: Glück.



FRANK HOFMANN

ist Journalist und Historiker mit den Schwerpunkten Europa, USA, Menschenrechte und internationale Beziehungen. Er hat als Korrespondent in Brüssel, Paris, Kiew und auf dem Balkan gearbeitet.

Sie haben das Wort

Lindner, Merz und Merkel – über Können und Scheitern in der politischen Rede | Von Karl-Heinz Göttert

Wer über Redekunst auf der politischen Bühne nachdenkt, muss sich den scharfen Schnitt nach den Zeiten des Nationalsozialismus vergegenwärtigen. „Rhetorik“ stand unter Verdacht. Eine Ausbildung, wie sie in den angelsächsischen Ländern bis heute in Redeclassics üblich ist, gab es hierzulande nicht. Stattdessen existiert das insgeheim konstruierte „natürliche“ Rede. Konrad Adenauer war noch stolz darauf, seine Reden stets auf der Autofahrt von seinem Wohnsitz Rhöndorf ins nahe Bonn entworfen zu haben, was die spöttische Bemerkung herausforderte, dies merke man ihnen auch an.

Dabei dämmerte den Beteiligten immer mehr die Überzeugung, dass rhetorische Abstinenz nicht die Lösung sein könne. Ein interessantes Zeugnis dafür bietet Carlo Schmid in seinen *Erinnerungen*. Er berichtet über seine erste Reise in die Vereinigten Staaten und hält sein Staunen darüber fest, dass den dortigen Abgeordneten „hunderte Wissenschaftler“ zur Verfügung standen, „um ihnen bei ihren Reden nicht nur mit Fakten behilflich zu sein, sondern für sie auch komplette Redentwürfe anzufertigen“. Schmid Urteil: Bei dem „hektischen Betrieb“ wohl unvermeidlich, aber auch mit einem Verlust von „Lebendigkeit“ verbunden.

Man kennt die rasche Entwicklung. Alle Spitzenpolitiker engagierten für wichtige Auftritte Redenschreiber. Das bedeutete: Erfahrene Journalisten prägten die Maßstäbe der politischen Rede, man könnte auch sagen: bestimmten die Fallhöhe für entsprechendes Scheitern. Der *sermo humilis* oder auch die trockene Juristenrede eines Konrad Adenauer hatten ausgedient, die Erwartung ging in Richtung von Brillanz, wie sie durch scharfe Antithesen, aus-



Papa Heuss

gesuchte Bilder, Wortspiele geprägt ist.

Interessanterweise hat dies Kritik ausgelöst. Ein Urgestein wie Theodor Heuss, selbst ehemaliger Journalist, schrieb seine Reden selbst und ließ sie allenfalls auf Verständlichkeit hin überarbeiten („entheussen“). Wenn Willy Brandt für seine Reden Klaus Harpprecht engagierte, wurde umgekehrt bemängelt, dass dies die eher schlichte und zapuckende Ausdrucksweise Brandts verdeckte.

Rhetorisch „gehoben“ aber war ein Maßstab, der fortan kaum ignoriert werden konnte. Selbst Angela Merkel griff nach kleinen Glanzlichtern oder ließ sie sich in ihre Reden einfügen. So sprach sie im Juni 2016 in Peking vom „Kern aller Rechtsstaatlichkeit“, der darin bestehe, „dass die Stärke des Rechts gilt und nicht das Recht des Stärkeren“. Ob sie wusste, dass genau dieses hübsche Sprachspiel bei der Eröffnung des ersten Büros des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag 2002 als Motto diente?

Aber wie gesagt: Mit der Aufwertung oder auch Erwartung von Rhetorik war die Fallhöhe fixiert. Politiker konnten sich mit Rhetorik profilieren und daran scheitern. Wer in die Geschichte der Bundesrepublik zurückblickt, findet in den ersten Jahrzehnten eher Beispiele für ein Abgleiten in wilde Redeschlachten. Man kann dazu etwa die Debatte über die Anti-Terror-Gesetze heranziehen, die am 16. Februar 1978 in der Regierungszeit der sozial-liberalen Koalition unter Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher verabschiedet wurden.

Alfred Dregger hatte die Verantwortung für die Entstehung des Terrorismus einem Klima von „Emanzipation, Konfliktpädagogik und antiautoritärer Erziehung“ zugeschoben. Universitäten, so das zuge-spitzte Bild, hätten sich zu „Ordensburgen für Systemveränderer und ... Klippschulen für Halbgebildete“ entwickelt. Helmut Kohl als Oppositionsführer wandte sich gegen das „läppische Geschwätz von Gewissen“, das nur den „Machterhalt der Koalition“ tarne und endete mit der scharfen Antithese: „Ihre Republik ist nicht unsere.“ Unter den anschließenden gegenseitigen Beleidigungen schoss Wehner den



PROF. DR. KARL-HEINZ GÖTTERT

lehrt Germanistik an der Universität Köln. Sein zum Standardwerk avanciertes Buch „Mythos Redemacht. Eine andere Geschichte der Rhetorik“ (S. Fischer) stand 2015 auf der Shortlist für den Preis der Leipziger Buchmesse.



Mutter Merkel

Vogel ab, als er Philipp Jenninger statt „Geschäftsführer“ als „Geschwätzfürer“ bezeichnete.

Das jüngste Beispiel eklatanten Scheiterns bietet Christian Lindners Verabschiedung von Linda Teuteberg. Man hat die Bemerkung, er habe mit seiner Generalsekretärin 200-mal „den Tag begonnen“, als verunglückten Altherrenwitz gebrandmarkt. Betrachten wir es einmal aus der Sicht der Rhetorik. Gerade Lindner gehört zu den Politikern, die sich mit geschliffener Rede zu profilieren versuchen. Antithesen, Bilder, Paradoxe gehören dazu, nicht zuletzt witzige Bemerkungen. Er weiß, wie seine Zuhörer reagieren, wenn er nicht das bietet, wofür er bekannt ist. Rein technisch gesehen ist die Formulierung eine Umschreibung dafür, dass er mit Teuteberg immer eng zusammen gearbeitet hat. Und dann passiert es eben: Er will es nicht so einfach sagen, sondern witzig – und macht es noch schlimmer, als er das Lachen der Zuhörer aufgreift

(„Nicht was ihr jetzt denkt“). Lindner hat mit seinem Können auch sein Scheitern programmiert.

Ein ganz anderer Fall ist mit der Kritik an der Rede von Friedrich Merz auf dem Hamburger Parteitag 2018 anlässlich der Bewerbung um den CDU-Vorsitz verbunden. Auch Merz gilt zu Recht als Politiker mit brillanter Rhetorik (und übrigens ebenso brillantem Vortrag). Auch in dieser Rede hat er daran nicht gespart. Was ihm vorgeworfen wurde, war nicht verunglückte Rhetorik, sondern verunglückter Inhalt. Seine Rede, so die allgemeine Analyse, sei ohne Bezug auf die „Alltagsorgen“ der Bürger, ohne Empathie gewesen. Merz habe gesprochen, aber nichts „gesagt“.

So oder so: Rhetorik allein gilt nicht. Fast könnte man von einer Sehnsucht nach „Direktheit“, nach „Wahrheit“ ohne „Schein“ sprechen. Womit wir beim von vielen als rätselhaft angesehenen Erfolg von Angela Merkel wären. Aber Vorsicht: Wer dies für risikolos hält, kann ja einmal auf den twitternden amerikanischen Präsidenten blicken. Es ist nicht falsch, sich Hilfe beim rhetorischen Glanz zu suchen. Nur sieht man auch die Gefahren, die Abstürze (wie früher) in alte Rüpelhaftigkeit oder (wie heute) in schiere Selbstüberschätzung.

Gibt es trotzdem eine gute Nachricht? Durchaus! Es stimmt nicht, dass Politik allein in Hinterzimmern gemacht wird. Die Rede ist noch „da“, gerade die Abstürze beweisen es.

AUF DEN ZWEITEN BLICK



INGE KLOEPPER

ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

Ältere Herren

Frohe Botschaften sind selten geworden in der katholischen Kirche. Es sind vielmehr die Nachrichten geballter Problem- und Konfliktagen, die die Bischöfe in Deutschland nach ihrer Vollversammlung in Fulda weiter ver- und bearbeiten müssen. Der Mitgliederschwund ist mehr als bedrückend, ebenso das einbrechende Kirchensteueraufkommen oder die umstrittene Finanzierung der – inzwischen immerhin geklärten – Entschädigungsfrage für die Missbrauchsoffer aus laufendem Kirchensteueraufkommen. Hinzu kommen Störsignale aus Rom, die alles, was an Reformbemühungen hierzulande angestrengt wird, zunichte zu machen drohen: der beißende Argwohn gegenüber dem synodalen Weg etwa oder zuletzt die Absage an die Bemühungen einer ökumenischen Annäherung mit einer wechselseitigen Einladung zu Abendmahl oder Eucharistie.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Georg Bätzing – zumindest verbal reformfreudig und aufbruchbereit, was schon viel ist –, hat sogar das bisher Undenkbare ausgesprochen: die Abspaltung von Rom. Natürlich nicht als Option. Im Gegenteil. Um die Wogen vor der Vollversammlung zu glätten, hat er versichert, dass es eine deutsche Nationalkirche nicht geben werde.

Moment mal: Warum eigentlich nicht?

Die deutsche katholische Kirche ist nicht arm. Sie zieht jährlich 6,6 Milliarden Euro an Kirchensteuern ein und sitzt auf einem milliardenschweren Immobilien-, Beteiligungs- und Aktienvermögen. Doch hat sie noch viel mehr auf der Habenseite: Kindergärten und Schulen, die überlaufen sind, weil vielen Eltern die christlichen Werte, die sie vermitteln, viel bedeuten, gut funktionierende Krankenhäuser und andere karitative Einrichtungen, aufrechte Seelsorger und hoch engagierte Gemeindemitglieder, darunter tausende von Frauen, die heute schon klug ihren Ein-fluss geltend machen und die man natürlich zu Diakoninnen weihen könnte.

Mehr noch: Die katholische Kirche in Deutschland verfügt – jenseits einer Handvoll ewig Gestriger in herausgehobener Stellung – noch immer über genügend kritische Vernunft, über Ein-sichtsfähigkeit in das Notwendige und über eine enorme Bereitschaft, sich auf die Gegenwart einzulassen. Soll die Institution hierzulande nicht implodieren oder einfach immer weiter verschwinden aus der Lebenswirklichkeit der Gläubigen, muss sie genau das alles in die Waagschale werfen. Die alten Herren an ihrer Spitze werden einiges an überkommenen Gewohnheiten und Überzeugungen riskieren müssen, um den Prozess der zunehmenden Bedeutungslosigkeit der Kirche hierzulande umzukehren. Das Risiko könnten sie sich durchaus leisten – notfalls auch ohne Rom.

DER HAUPTSTADTBRIEF

Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach Jetzt bestellen auf:

www.derhauptstadtbrief.de/newsletter